

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 99/39  
Telex: 888648 ppbn d  
Telefax: 21 98 64

## Inhalt

Norbert Gansel MdB zu den Nachrichten über eine Entmachtung des sowjetischen Staatspräsidenten: Unsere Sympathie gehört den Demokraten.

Seite 1

Jochen Welt MdB zur Illusion, die Armutswanderung könnte administrativ bewältigt werden: Die Menschen werden sich ihren Weg suchen.

Seite 2

**Dokumentation**  
Die Stiftung Entwicklung und Frieden, deren Vorsitzender Willy Brandt ist, hat zur Auseinandersetzung über das Asylrecht eine Erklärung erarbeitet.  
Wortlaut

Seite 3

46. Jahrgang / 157

19. August 1991

### Unsere Sympathie gehört den Demokraten

Zu den Nachrichten über eine Entmachtung des sowjetischen Staatspräsidenten

Von Norbert Gansel MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik des Deutschen Bundestages

In Moskau gibt es an der Spitze der Führung der Sowjetunion den Versuch eines Staatsstreiches. Alle Umstände deuten darauf hin, daß dieser Staatsstreich von konservativen Kräften getragen wird und die Gefahr besteht, die Politik der Perestroika zu beenden und die 'alten Verhältnisse' wieder herzustellen.

Wichtig ist jetzt, daß aus dem Ausland und auch aus der Bundesrepublik die richtigen Signale in die Sowjetunion gehen:

1. Die Völker der Sowjetunion müssen wissen, daß mit einer Rückkehr zu alten Verhältnissen in der Sowjetunion und für die Sowjetunion alles noch viel schwieriger werden wird.
2. Unsere Sympathie liegt auf der Seite derer, die sich weiterhin für die Politik der Perestroika, für die Öffnung der Sowjetunion, für Pluralismus und für Demokratisierung einsetzen.
3. Die Ereignisse in Moskau sind, ohne daß zusätzlich dramatisiert werden soll, auch ein Alarmzeichen für die internationale Politik. Die Situation in Jugoslawien und im Baltikum muß jetzt besonders sorgfältig beobachtet werden. Es besteht die Gefahr, daß an diesen Krisenherden im Sinne der sowjetischen Konservativen vollendete Tatsachen geschaffen werden. Wir warnen insbesondere vor Aktionen und Übergriffen gegen die baltischen Staaten. Sowohl die KSZE wie die EG müssen beratungs- und entscheidungsfähig sein. Auf die Entwicklung in der Sowjetunion muß es eine abgestimmte Reaktion geben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbarer Umfang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Paper



4. Besondere Aufmerksamkeit muß die deutsche Politik auf die Situation bei und in den Streitkräften der Sowjetunion in den neuen Bundesländern verwenden. Die Rückkehr zu undemokratischen Strukturen in der Sowjetunion würde auch Ihre Zuverlässigkeit als Vertragspartner in Frage stellen. Der Verbleib von sowjetischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland wäre unter diesen Umständen nicht länger zu verantworten, die Forderung nach einem vorzeitigen und beschleunigten Abzug geboten.

5. Wir verlangen aus Moskau Auskunft über das Befinden und Schicksal Michael Gorbatschows. Die Erklärungen über seinen Gesundheitszustand sind in keiner Weise glaubwürdig.

6. Auch in diesen Stunden und Tagen darf der Gesprächskontakt mit Moskau nicht abreißen, damit Kurzschlußhandlungen auf allen Seiten vermieden werden. Wichtig sind dabei auch die Kontakte zu den Republiken.

7. Die SPD hält es in dieser schwierigen Situation für notwendig, daß sich Bundesregierung und Opposition und die demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland untereinander um eine gemeinsame und abgestimmte Reaktion auf die Moskauer Ereignisse bemühen. Die Spitze der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion stehen für die erforderlichen Gespräche zur Verfügung.

(-/19. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Menschen werden sich ihren Weg suchen**

**Zur Illusion, die Armutwanderung könnte administrativ bewältigt werden**

**Von Jochen Welt MdB**

**Bürgermeister der Stadt Recklinghausen**

**Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages**

**Mitglied der Arbeitsgruppe "Zuwanderung" der SPD-Bundestagsfraktion**

Angesichts der europäischen Fluchtbewegungen und auch der Tragödie im italienischen Bari ist eine neue Helsinki-Initiative mit dem Schwerpunkt Armutwanderungen erforderlich.

Der durch großen Leidensdruck verursachten Auswanderungswelle aus Albanien und anderen südosteuropäischen Ländern werden wir durch eine reine Grundgesetzänderung nicht Herr. Die Zuspitzung der Situation auch bei uns war absehbar.

Nicht nur die Roma-Wanderung, nicht nur die Albanien-Flüchtlinge, sondern auch das Heer der Aussiedler, die nach Deutschland kommen und aufgenommen werden, tragen dazu bei.

Es handelt sich überwiegend um Armutwanderer. Ihnen ist es völlig egal, ob sie ein Anrecht auf Bleibe bei uns oder in Westeuropa haben - sie wollen ihre Lebens- und Finanzsituation verbessern. Sie versuchen, sich im freien Europa schneller zu entwickeln als dies ihnen in ihrer Heimat möglich wäre. Sie versuchen dies auch weiter, selbst wenn Schikanen auch noch so hoch angesetzt werden. Die Menschen werden sich ihren Weg suchen. Und es werden noch mehr werden, wenn sich die Situation in Albanien, Jugoslawien oder anderswo weiter zuspitzt und die wirtschaftlichen Verhältnisse noch schlechter werden.

Das, was wir brauchen, ist ein Einwanderungsgesetz, das in Situationen der Armutwanderung eine quotierte Zuwanderung und damit auch soziale Entlastung der Staaten Süd- und Südost-

europas ermöglicht. Das Gesetz kann keine nationale Aufgabe sein, ganz Europa muß sich dem Zuwanderungsdruck aussetzen. Europa muß außerdem mehr Aufbauhilfen in den Fluchtregionen leisten.

Die Bundesregierung hat, was Flüchtlings- und Asylfragen anging, schon immer auf Europa verwiesen. Allerdings geschah das mehr aus Ablenkung von der eigenen Untätigkeit, als deshalb, weil sie ein Konzept gehabt hätte.

Wo sind heute Initiativen von ihr, die wirklich entlasten?

Was wir brauchen ist ein neues Helsinki, eine neue Dimension in Diskussion und Definition der KSZE, die sich der neuen Verantwortung für die Wirtschaftswanderung stellt. Wir brauchen eine Konferenz, die für Mittel- und Westeuropa quotierte Einwanderung und entsprechende gesetzliche Bestimmungen vereinbart und die massive Aufbauleistung aller reichen europäischen Staaten veranlaßt, die aber auch die Mittel vorsieht, diese gemeinsamen Beschlüsse durchzusetzen.

Die aktuellen Nachrichten aus Italien sollten wohl auch den allerletzten Hardliner aus der CSU überzeugt haben, daß hier härtere Gesetze und Vorschriften allein nicht greifen.  
(-/19. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Verzweifelte klopfen an westliche Türen**

Die Stiftung Entwicklung und Frieden, deren Vorsitzender Willy Brandt ist, hat zur Auseinandersetzung über das Asylrecht eine Erklärung erarbeitet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Seit langem wird vor allem in Westeuropa und Nordamerika laute Klage über die "Fluten aus dem Süden" geführt, obwohl die Hauptlast der internationalen Flüchtlingsströme bisher von teilweise sehr armen Entwicklungsländern getragen worden ist, wie die Stiftung Entwicklung und Frieden in ihrem demnächst erscheinenden Jahrbuch Globale Trends 1991 dokumentiert.

Die im "Sommerloch" eskalierende öffentliche Diskussion um den Asylrechtsartikel 16 im Grundgesetz, dazu der dramatische Exodus aus Albanien mit seinen tragischen Begleiterscheinungen signalisieren für die 90er Jahre einen Test für Liberalität und Humanität in der politischen Gemeinschaft Westeuropas. Neben den Verzweifelten, die bisher schon an westliche Türen klopfen, formieren sich offensichtlich neue Elendszüge direkt vor unserer Haustür. Das Recht auf Freizügigkeit, das auch in der von der Pariser KSZE-Konferenz verabschiedeten "Charta für das neue Europa" verankert wurde, steht vor einer schweren Bewährungsprobe.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich das internationale Flüchtlingsproblem in die Dritte Welt verlagert; jetzt gibt es deutliche Anzeichen, daß die dortigen, von der Suche nach Überlebenschancen ausgehenden Massenfluchtbewegungen eine inner-europäische Entsprechung finden können: Die "Wohlstandsmauer" zwischen Ost- und Westeuropa erzeugt Sog- und Schubkräfte für Massenwanderungen. Die Verschärfung der Nationalitätenkonflikte könnte den Auswanderungsdruck noch vergrößern. Die Schätzungen reichen von zwei bis 25 Millionen ausreisewilliger Menschen allein in der krisengeschüttelten Sowjetunion. Nüchterne Prognosen rechnen mit mindestens fünf Millionen Ost-West-Emigranten.

Wo die Flüchtlingsströme bisher mündeten, ist in Globale Trends 1991 nachzulesen:

Unter den 20 führenden Aufnahmeländern für Flüchtlinge sind für 1989 nicht weniger als 15 Entwicklungs- und Schwellenländer aufgeführt. Die USA rangieren auf Platz 34, Kanada an 8., Frankreich an 16. und die alte Bundesrepublik Deutschland an letzter Stelle. Noch bemerkenswerter ist der Vergleich der aufgenommenen Flüchtlinge pro Einwohner: 1987 standen unter 14 Staaten als einzige Industrieländer an 12. und 13. Position die USA und die Bundesrepublik Deutschland, und zwar mit 4,1 und 2,4 aufgenommenen Flüchtlingen pro 1.000 Einwohner.

An diesen, nach den engen Kriterien des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) erarbeiteten, bis heute aussagekräftig gebliebenen statistischen Zahlen läßt sich ablesen, daß bisher nur Ausläufer (circa zehn Prozent) der neuen Völkerwanderungen 'den Norden' erreicht haben.

Die 20 größten Aufnahmeländer  
für Flüchtlinge 1989  
(nach Kriterien des UNHCR)

Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner  
(1987)

Pakistan	3.257.700	Somalia	146,3
Iran	2.850.000	Honduras	79,5
USA	1.000.000	Iran	60,6
Malawi	822.500	Malawi	50,4
Sudan	767.700	Sudan	32,2
Äthiopien	710.200	Pakistan	31,9
Somalia	500.000	Guatemala	26,5
Kanada	447.200	Äthiopien	15,2
Mexiko	356.400	Zaire	10,4
Zaire	340.690	Malaysia	6,3
VR China	280.000	Mexiko	4,3
Costa Rica	278.600	USA	4,1
Burundi	267.500	BRD	2,4
Tanzania	265.200	Thailand	2,0
Honduras	237.100		
Guatemala	223.100		
Frankreich	194.900		
Zimbabwe	175.350		
Algerien	169.100		
BRD	150.000		

Quelle: UNHCR-Weltkarte 1989

Quelle: UNHCR-Weltkarte 1989

(-/19. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*